

## **Die AGJ fordert eine transparente Kinder- und Jugendhilfepolitik**

### **Zwischenruf der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ<sup>1</sup> zu den im Bundeskanzleramt verhandelten Kürzungsplänen an der Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe**

Während Fachverbände und die Fachöffentlichkeit der Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Wochen an Stellungnahmen für den Referatsentwurf zum Ersten Kinder- und Jugendhilfestrukturereformgesetz – 1. KJHSRG gearbeitet haben, gab es – so zeigen die jüngsten Medienberichte – im Bundeskanzleramt eine Arbeitsgruppe, die auch jenseits des vorliegenden Entwurfs ohne differenzierte Beteiligung der Fachöffentlichkeiten über die Leistungsrechte von jungen Menschen beraten hat.<sup>2</sup>

Die AGJ war an diesen Beratungen nicht beteiligt. Sie steht dem gegenüber für eine transparente Kinder- und Jugendpolitik, die mit den jungen Menschen und Familien, Fachorganisationen und den kommunalen und politischen Vertretungen etc. ausgehandelt wird.

In den vergangenen Jahren war es ein Grundkonsens in der Kinder- und Jugendhilfe, dass Reformen und auch Zukunftsperspektiven der Kinder- und Jugendhilfe in Auseinandersetzung und Dialogprozessen mit der Fachöffentlichkeit und Vertretungen von jungen Menschen und Familien ausgehandelt werden. Die Rechte von jungen Menschen und Familien können nur so weiterentwickelt und den jeweiligen aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Zudem sieht das Sozialgesetzbuch VIII entsprechende unabhängige Sachverständigen-Gremien vor, so zum Beispiel das Bundesjugendkuratorium und die regelmäßige Erarbeitung von Kinder- und Jugendberichten. All dieses ist Teil einer transparenten und die Vielsichtigkeit berücksichtigenden Kinder- und Jugendhilfepolitik.

Es wäre für das politische Vertrauen in der Kinder- und Jugendhilfe folgeschwer, wenn gerade angesichts der derzeitigen politischen Situation die etablierten Strukturen nicht mehr aktiviert werden, sondern intransparent einige Beteiligte in der Kinder- und Jugendhilfe Vorschläge für Leistungseinschränkungen sowie in der Argumentation kaum fachlich begründete Veränderungen im Kinder- und Jugendhilferecht vornehmen wollen. Auch die fiskalischen Argumente bedürfen einer Nachvollziehbarkeit und fachlichen Rückbindung.

Gerade in der heutigen Zeit der Kinder- und Jugendpolitik, in der diese angesichts einer sich verändernden demografischen Lage unter Druck gerät, ist es umso wichtiger, eine

---

<sup>1</sup> Ansprechperson für diese Stellungnahme in der AGJ ist die Geschäftsführung, Franziska Porst und Angela Smessaert (geschaeftsfuehrung@agj.de).

<sup>2</sup> Beispielhaft: [Tagesschau am 16.04.2027: „Eine Streichliste im Auftrag des Kanzleramtes“](#); Internes Arbeitspapier einsehbar innerhalb von [Deutscher Paritätischen Gesamtverband, Drohender Kahlschlag im Sozialen](#).

transparente Kinder- und Jugendhilfepolitik zu gestalten. Die AGJ fordert angesichts der aktuellen Entwicklung dazu auf, dass die Kinder- und Jugendhilfepolitik weiterhin zusammen mit den jungen Menschen und Familien, der Fachöffentlichkeit sowie -organisationen und in den etablierten Dialog- und Kooperationsstrukturen gestaltet wird.

Geschäftsführender Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Berlin, den 17.04.2026